

Feministische Spannungsfelder

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Katharina Oerder und Christina Schildmann



Foto: © liborff+alhumnoi - Fotolia.com

Feminismus und Sozialdemokratie speisen sich aus den gleichen Quellen: Beide haben ihren Ursprung in sozialen Bewegungen, beide sind Reaktionen auf ungerechte und untragbare soziale Verhältnisse. Viele feministische Positionen fanden Eingang in sozialdemokratische Programmatik, sie sind eingewebt in das sozialdemokratische Selbstverständnis. Doch was haben sich Feminismus und Sozialdemokratie heute noch zu sagen? Können aktuelle feministische Positionen sozialdemokratische Programmatik inspirieren und orientieren? Und wie sozialdemokratisch sind feministische Diskurse?

Nun handelt es sich bei „dem Feminismus“ keineswegs um einen monolithischen Block, sondern um ein diskursives Feld, in dem Positionen permanent neu ausgehandelt werden.

Der wissenschaftliche Zweig des Feminismus brachte im Laufe der Jahrzehnte immer wieder neue Denkschulen hervor. In diesem

Fokus möchten wir darum die Frage stellen, was die Sozialdemokratie von aktuellen Theorien, Befunden und Auseinandersetzungen der Gender-Studies lernen kann. Welche Annahmen sind anschlussfähig an linke Diskurse? Welche Befunde helfen uns zur Orientierung in aktuellen Debatten? Vermutlich ist die These nicht zu gewagt, dass jenseits der reinen Zahlenproduktion (Gender Pay Gap, etc.) wenig aus der Gender-Forschung in der politischen Debatte bzw. der politischen Praxis ankommt. Warum findet so wenig Transfer statt?

Gleichzeitig ist das Forschungsfeld „Gender“ heftig unter Beschuss: Männerrechtler, AfDler, Pegidisten, Querschläger wie Akif Pirinci und andere selbst ernannte Vertreter des „gesunden Menschenverstands“ sehen die zweigeschlechtliche Ordnung in Gefahr, sie wettern gegen die „Verschwendung von Steuergeldern“ für Gender Studies. Paradoxerweise scheint es so, also ob sich zur-

zeit überhaupt nur die Rechten für die Gender Studies interessierten; gleiches gilt für Gender Mainstreaming – in diesem Begriff kulminieren für AfD und Pegida, wie es scheint, alle Übel des 21. Jahrhunderts.

Wenn von rechts Geschlechtergerechtigkeit (ebenso wie Internationalismus und Klimaschutz) als linkes „Elitethema“ attackiert wird, das mit den Lebensrealitäten und „dem kleinen Mann“ nicht zu tun habe, ist das offenbar geeignet, die Sozialdemokratie in ihren Grundfesten zumindest zu irritieren. So schreibt Michel Bröning in der Süddeutschen Zeitung vom 2.1.2015: „(...) die bittere Wahrheit ist: Linke Identitätspolitik ist heute kein massenkompatibler Politikentwurf. So hat das Hinterfragen von Geschlechterrollen sicher seine Verdienste, doch Gender Mainstreaming ist alles, aber kein Fels in der Brandung der Unwägbarkeiten. Eine Linke, die Wahlen wieder gewinnen will, muss daher die Quadratur des Kreises versuchen. Sie muss sich bemühen, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen, selbst wenn dies ein inhaltliches Abrücken von den Monstranzen der reinen Lehre erforderlich macht.“ Uns scheint allerdings: Einknicken ist keine Option, die Rede von den „Monstranzen der reinen Lehre“ führt in die Irre. Das darf jedoch nicht heißen, die eigenen Positionen nicht mehr zu hinterfragen. Dazu hilft unserer Meinung nach auch ein Blick in die feministischen Debatten selbst: auf die „heißen“ gleichstellungspolitischen Kontroversen – die feministischen Spannungsfelder.

Spannungsfeld 1: Sorgearbeit. Es war lange Zeit ein unhinterfragtes Ziel des Feminismus innerhalb der Sozialdemokratie, dass möglichst viele Frauen in Vollzeit erwerbstätig sind. Dieses Ziel speiste sich aus dem berechtigten Anliegen, dass Frauen unabhängig von Mann und Staat für ihre eigene Existenz sorgen können sollten – ein Ziel, das schon auf August Bebel zurückgeht. Dieses Ziel ist längst nicht erreicht (drei Viertel der beschäftigten Frauen im Haupterwerbsalter wären mit ihrem aktu-

ellen Verdienst nicht in der Lage, alleine mit dem eigenen Erwerbseinkommen langfristig für sich und ein Kind zu sorgen); gleichzeitig haben wir es mit Debatten und Entwicklungen zutun, die eine Modifikation des Ziels nahelegen. Zum einen existiert im Feminismus schon lange eine starke Strömung, die die Aufwertung von Sorgearbeit fordert. Hier geht es um einen erweiterten Arbeitsbegriff (jenseits der Erwerbsarbeit) und ein stärkere (finanzielle) Honorierung von Tätigkeiten, die traditionell Frauen zugeschrieben werden (Sorgearbeit). Die Idee der völligen Integration von Männern und Frauen in den Arbeitsmarkt steht dem diametral entgegen. Sie ist gleichzeitig – hierbei handelt es sich um einen neueren Debattenstrang – ein Grund für den Vorwurf der „neoliberalen Verstrickung“ des Feminismus, der u.a. von Nancy Fraser erhoben wird, die von einer „gefährlichen Liaison“ spricht und dem Feminismus der zweiten Welle vorwirft, seine Ideale verraten zu haben. Der Feminismus sei zwar als Kritik am Nachkriegskapitalismus gestartet, habe sich aber inzwischen zum „Handlanger des Kapitalismus“ gemacht, indem er als feministische Strategie individuelles Karrierestreben und Wettbewerbsorientierung propagiere; auch ließen sich Teile der feministischen Positionen (Kritik am Ernährerlohn etc.) problemlos neoliberal umdeuten. In eine ähnliche Richtung zielt auch die britische Theoretikerin Angela Mc Robbie, die den weiblichen Optimierungswahn in einer durchkapitalisierten Gesellschaft kritisiert, in der Produktion alles und Reproduktion nichts zählt. Der Vorwurf, alles dem Arbeitsmarkt zu unterwerfen wird in Deutschland mit Blick auf Mutterschaft/Elternschaft inzwischen bemerkenswerterweise nicht nur von Links (in Gestalt der Linkspartei und von autonomen linken Feministinnen) erhoben, sondern auch von konservativer Seite (siehe z.B. Antonia Baum in der FAZ, die sich sinngemäß fragt, warum es für eine Frau so viel schlimmer sein soll, von ihrem liebenden Ehemann abzuhängen als von einem bösen Kapitalisten). Darüber hinaus sind inzwischen

in der Debatte auch die Väter aufgetaucht, die sich mehr um ihre Kinder kümmern und darum Arbeitszeit reduzieren wollen. All das legt eine sozialdemokratische Neupositionierung nahe. Diese findet zwar im linken Spektrum durchaus statt (Debatte über die kleine Vollzeit für Frauen und Männer), allerdings fehlt bislang die theoretische Rahmung und eine systematische innerparteiliche Auseinandersetzung darüber; auch wird das Spannungsfeld Klasse-Geschlecht nicht ausreichend in den Blick genommen. Es ist also Zeit für eine Debatte.

Spannungsfeld 2: Reproduktive Rechte. Mit Blick auf die reproduktiven Rechte ging es in der feministischen Debatte der sogenannten zweiten Welle Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zentral um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch (historisch geworden in der Stern-Kampagne „Ich habe abgetrieben“ und auf den Slogan „Mein Bauch gehört mir“ gebracht). Diese Forderung ist zwar juristisch nicht gänzlich umgesetzt, auch wird es von rechts-konservativen Bewegungen wie „Pro Life“ in Frage gestellt – gleichzeitig hat sich die Reproduktionsdebatte inzwischen auf andere Frage verlagert: vom Recht auf Schwangerschaftsabbruch zum Recht auf Schwangerschaft bzw. zum Recht auf ein Kind, zugespitzt: zum Recht auf ein „gesundes“ Kind. Aktuelle Reproduktionsfragen drehen sich um Reproduktionsmedizin bzw. die Frage, wer Zugang dazu haben soll, um Social Freezing, als das Einfrieren von Eizellen, um Präimplantationsdiagnostik (PID) und um die besonders heikle Frage von Leihmutterschaft. All diese Fragen sind höchst relevant in einer Gesellschaft, in der neue Familienkonstellationen entstehen (z.B. gleichgeschlechtliche Partnerschaften), sich Mutterschaft (und Vaterschaft) biografisch nach hinten verschiebt und in der medizinisch immer mehr möglich ist. Die angesprochenen Fragen berühren moralische und ethische Aspekte, entsprechend sind sie umstritten: sowohl unter Feministinnen als auch in der Sozialdemokra-

tie. Gleichsam betreffen sie Freiheitsrechte und Lebenschancen genauso wie schwierige Fragen in der internationalen Arbeitsteilung (Leihmutterschaft).

Spannungsfeld 3: Das Netz. Die Titelgeschichte des feministisch-kulturellen Missy-Magazins von Februar 2015 lautet: „Hilfe, mein Internet ist kaputt!“ Eine Autorin schrieb zum Antifeminismus im Netz: „Sie haben euch was mitgebracht. Hass Hass Hass. Dieser Hass trifft zwar potenziell alle, aber es ist unübersehbar, dass Personen, die sich als weiblich/feministisch/queer/trans etc. zu erkennen geben, in besonderer Weise bedroht werden.“ Auch Sascha Lobo, einst eher ein Netzeuphoriker, kam kürzlich zu dem Schluss: „Der Diskurs im Netz ist kaputt“. Eine Zeitlang war das Web 2.0 als Diskursraum ein Hoffnungsträger. Die dritte Welle des Feminismus nahm im Netz Ausgang. Im Web 2.0 vernetzten sich neue politische Akteure/innen und trieben von dort ihre Anliegen voran. Die letzte große Sexismus-Debatte startete mit dem #Aufschrei auf Twitter. Die Schattenseite der – auf den ersten Blick offenen – Debattenkultur im Netz jedoch ist der oft aggressive Tonfall und der Mangel an „Spielregeln“. Insbesondere Frauen (und Männer), die sich mit feministischen (aber auch antirassistischen) Positionen zu Wort melden, erleben massive Anfeindungen, Verleumdungen oder gar Mord- und Vergewaltigungsdrohungen. Gut vernetzte sogenannte „Männerrechtler“ haben – und nutzen – das Potenzial, jede geschlechterpolitische Debatte zu sprengen. Zudem vernetzen und präsentieren sie sich im Internet in Foren wie wikimannia.org und verbreiten in Blogs antifeministische Parolen. Die Plattformbetreiber wirken bislang nicht hilfreich gegen „Hatespeech“; für Facebook, Twitter und Co. stehen handfeste geschäftliche Interessen der – politischen – Forderung gegenüber, die eigene Rolle als Diskussionsplattformen neu zu definieren. Für die Sozialdemokratie stellt sich die Frage, ob sich ein Versuch lohnt, das Netz als „Deliberationsraum“ zurückzugewin-

nen und welche Forderungen und welches Vorgehen damit verbunden sind.

Spannungsfeld 4: Mit Männern oder gegen sie? Seit Beginn der Frauenbewegungen stellt sich immer wieder die Frage, ob der Feminismus nur mit einem Schulterschluss mit den (links-progressiven) Männern erfolgreich sein kann, oder ob Männer per Definition keine echten Feministen sein können. Kann die Gleichstellung nur partnerschaftlich ausgehandelt oder erstritten werden? Auch in der Sozialdemokratie wird an den verschiedensten Stellen um diese Frage gerungen. Spätestens bei dem Streit auf dem Hamburger Parteitag um den Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will muss die männliche überwinden“ zeigten sich die unterschiedlichen Herangehensweisen an diese Fragestellung. Konkret wird diese Abwägung zum Beispiel bei der Entscheidung, welche Probleme in der politischen Debatte in den Vordergrund gestellt werden: die der Mütter, die weiterhin für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie allein verantwortlich sind, oder die Väter, die Sorge haben, bei der Auszeit aus dem Beruf die Karriereleiter zu verlassen? Oder mit welchen Argumenten gleichstellungspolitische Maßnahmen angepriesen werden. Ist das Gesetz zur Lohngerechtigkeit eine Frage der Gerechtigkeit oder eine Befreiung der Männer, nicht mehr alleine für das Familieneinkommen sorgen zu müssen? Dabei stellen sich für die Sozialdemokratie (mindestens) zwei Fragen: welchen Weg halten wir inhaltlich für richtig? Und mit welchem Weg können wir erfolgreicher sein?

Spannungsfeld 5: Feminismus und Antirassismus. Nach der „Silvesternacht von Köln“ (als mediale Chiffre für den Moment, als die Willkommenskultur der Deutschen angeblich „kippte“), waren plötzlich alle Deutschen „Feministen“. Selbst AfDler verwiesen auf die Frauenrechte als Teil der deutschen „Leitkultur“. Mit dem Hashtag „#Ausnahmslos“ wehrten sich zahlreiche Netzfeministinnen

gegen die Instrumentalisierung feministischer Anliegen durch Populisten/innen und forderten: „Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als „nicht deutsch“ verstehen.“ Andere – durchaus auch feministische Stimmen – wiesen darauf hin, dass das zwar richtig sei, gleichzeitig die Frauenverachtung und alltägliche (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen in Teilen muslimischer Gesellschaften nicht ausgeblendet werden dürfte. Für diese Position steht z.B. Alice Schwarzer, sie zieht eine Parallele zu den 60er und 70ern, als die Linke im Westen den Unterschied zwischen Hauptwiderspruch (der Klassenwiderspruch) und Nebenwiderspruch (das Geschlechterverhältnis) aufmachte. Sobald man das Wort „Frau“ ausgesprochen haben, sei man mit dem Argument niedergeknüppelt worden, man verrate den Klassenkampf. Im Spiegelinterview (3/2016) sagt Alice Schwarzer zu ihrer Kontrahentin und #Ausnahmslos-Initiatorin Anne Wizorek: „Das, was damals Klassenkampf hieß, heißt heute Antirassismus. Und die Drohung mit dem Rassismusbeweis gebar die falsche Toleranz“. In Frankreich ist es die Feministin und Philosophin Elisabeth Badinter, die der Linken vorwirft, „ihre Seele verloren“ zu haben und das u.a. am „hilflosen, unkritischen Umgang mit einem patriarchalischen, autoritären Islam“ festmacht (Philosophie-Magazin 3/2016). Dazu gehören aber auch Frauenrechtlerinnen mit Einwanderungsgeschichte wie Seyran Ates und Necla Kelec. Daher stellt sich für die Sozialdemokratie bzw. die Linke insgesamt die Frage, wie sie den instrumentellen „Feminismus“ von Rechts abwehren kann, ohne die problematischen Rollenmuster in den Köpfen mancher Einwanderer zu verharmlosen und so zu tun, als würde die Integration konfliktfrei vonstatten gehen. Wie kann man es schaffen, gleichzeitig die (nicht unerheblichen) Restbestände von Sexismus in der deutschen Gesellschaft

zu thematisieren, ohne sie mit der strukturellen sexuellen Gewalt und der Rechtlosigkeit von Frauen in Teilen des Maghreb und des Nahen Ostens gleichzusetzen, die zumindest in Teilen in Zuwanderungsgesellschaften weiterexistiert? Wie kann man das wiederum tun, ohne männliche Einwanderer aus diesen Gebieten pauschal zu verurteilen und sie zum „Fremden“, zum „Anderen“ zu machen? Zwar haben wir in diesem Fokus noch keinen Text zu dieser komplexen, aber aus unserer Sicht für die Sozialdemokratie unumgehbaren Frage, aber wir planen, uns in künftigen spw-Ausgaben damit zu beschäftigen.

Spannungsfeld 6: Die Digitalisierung. Ebenfalls noch nicht in diesem Heft, aber in der Dezember-Ausgabe der spw, möchten wir uns einer Frage widmen, die erst langsam in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt: den geschlechterpolitischen Aspekten der digitalen Transformation. Judy Wajcman, Professorin an der London School of Economics and Political Science und Leiterin des Departments für Soziologie sowie eine der wichtigsten Vertreterinnen der feministischen Techniksoziologie, schrieb im Jahr 1994: „Jede neue Technologie kann Anlass sein, Geschlechterverhältnisse neu zu verhandeln, Machtverhältnisse, Rollenzuschreibungen, Arbeitsteilung zu hinterfragen.“ Es lohnt ein Blick zurück in die Geschichte. In ihrem Buch „Feministische Theorien“ beschreiben Regina Becker-Schmidt und Gudrun Axeli Knapp den Ausbruch eines massiven Geschlechterkonflikts im Zuge der industriellen Revolution, der die Geschlechterverhältnisse durcheinanderwirbelte und zu Neuverhandlungen von Geschlechterrollen führte. Das Ergebnis dieser Neuverhandlung war jedoch eher ein Rückschritt: die Trennung der Sphären der Geschlechter in die „männliche“ Arbeitswelt und die „weibliche“ Welt der Arbeit. Es hätte auch anders kommen können, denn die industrielle Revolution begann mit einem massiven Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Wenn wir heute über Arbeit 4.0 (wahlweise: Digitalisierung) reden,

markiert das wieder eine Art Revolution, einen Strukturbruch oder doch zumindest einen Strukturwandel. Wenn wir davon ausgehen, dass Digitalisierung die Verflüssigung von Organisationen und Institutionen bedeutet, bedeutet sie auch eine Verflüssigung von Geschlechterrollen? Welche emanzipatorischen Potenziale liegen zu Beispiel in der Tatsache, dass Arbeit sich immer mehr von Zeit und Raum entkoppelt? Bestehen hier neue Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, oder werden Geschlechterrollen vielmehr durch Homeoffice und Co. zementiert? Liegt in den prognostizierten Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt weg von den Produktionsstätigkeiten hin zum Bereich der sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen eine Chance zur Aufwertung weiblich konnotierter Berufe, oder verschärfen sich dadurch Ungleichheiten? Für die Sozialdemokratie besteht die Aufgabe darin, eine realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, vorzunehmen und zu beschreiben, unter welchen Bedingungen der technische Wandel zu einem gesellschaftlichen Fortschritt führen kann. Auch mit diesem Thema wollen wir uns zukünftig auseinandersetzen.

Die Artikel im Einzelnen:

Laura Dobusch und Katharina Kreissl beleuchten in ihrem Beitrag die Ähnlichkeiten in der jeweiligen Entstehungsgeschichte von Sozialdemokratie und Geschlechterforschung, weisen aber auch auf die unterschiedlichen Institutionalisierungsprozesse und die daraus entstehenden unterschiedlichen „Feldlogiken“ hin, die den direkten Wissenstransfer schwierig machen. Dennoch kann in ihren Augen die Sozialdemokratie von den Gender Studies lernen. Beide stünden in einem engen Zusammenhang mit Formen der Identitätspolitik, „die eine Praxis der Affirmation zur logischen Konsequenz hat: Arbeiter_innen wie Frauenbewegung ging es unter anderem um die Aufwertung der jeweiligen Identitätska-

tegorie bzw. um die Etablierung eines neuen Selbstbewusstseins einer vormals abgewerteten, weil mit negativen Eigenschaften besetzten, gesellschaftlichen Gruppe.“ Doch während die Gender Studies in der Folge des „poststructuralist turn“ eine Dekonstruktion und Erosion dieser identitätsbasierten Kategorisierung vorantrieb, tue sich die Sozialdemokratie heute schwer im Umgang mit ihrer vormaligen Kernwähler_innenschicht, den „klassischen Arbeiter_innen“. Weder sei diese Schicht jemals systematisch dekonstruiert und in weiterer Folge neu adressiert, noch auf deren gesellschaftlichem Wandel im Kontext sich ändernder Arbeitsbedingungen (Stichwort: Prekarisierung, Flexibilisierung, Migration etc.) mit einer den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Neukonzeption reagiert worden.

Ob die sozialen Milieus aus emanzipatorischer Sicht dekonstruiert werden können und sollen, ist aus unserer Sicht eine grundlegende Frage. So sind die grundlegenden Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit in der Alltagspraxis und -erfahrung der Milieus verankert und beruhen auf einem jeweils spezifischen Wahrnehmen, Denken und Handeln, z.B. einer spezifischen Erfahrung sozialer Kämpfe. Die Sozialdemokratie muss vor allem die solidarische Arbeitnehmermitte durch ihre wohlfahrtsstaatlichen Ordnungsvorstellungen und ihr Handeln wieder glaubwürdig repräsentieren.

Barbara Stiegler widmet sich dem Spannungsfeld zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit. Sie geht der tieferen Bedeutung des radikalen Satzes aus den SPD-Grundsatzprogrammen von 1989 und 2007 nach: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Sie verweist auf den Satz, der dem zitierten vorausgeht: „Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten“. Dafür ist aus ihrer Sicht zuallererst ein neuer Arbeitsbegriff nötig, der

die Sorgearbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit endlich ernstnimmt und aufwertet. Denn es habe sich gezeigt, „dass trotz aller Bildungsgleichheit (...) Gleichstellung gar nicht möglich ist, wenn nicht radikalere Veränderungen in der Gestaltung aller gesellschaftlichen Arbeitsformen hinzukommen.“ Stiegler vergleicht unterschiedliche Varianten der finanziellen und sozialen Absicherung derjenigen, die private Sorgearbeit leisten. Sie fordert, die Logiken in beiden Arbeitsfeldern – der Erwerbsarbeit und der Sorgearbeit – zu verändern und analysiert unterschiedliche Varianten.

Jonathan Menge und *Sarah Vespermann* fragen sich in ihrem Beitrag, was die Sozialdemokratie dem Aufstieg der Rechtspopulist_innen in Deutschland und Europa entgegensetzen kann und welche Rolle das Schlagwort „Gender-Wahnsinn“ in der Programmatik der neuen Rechten spielt. Die Entfremdung der Arbeiter und einfachen Angestellten von den linken Parteien sei in eine neue Stufe eingetreten. Menge und Vespermann spüren der Verbindung der „rätselhaften Mission der Retter des Abendlandes“ mit dem Kampf gegen den „Genderismus“ nach. Sie ordnen die „Anti-Gender-Motive“ von AfD und Pegida in ihren programmatischen Kontext ein und dekonstruieren sie, gleichzeitig verweisen sie auf ihre emotionale Kraft. Sie schlagen vor, den Spieß umzudrehen und vom rechten Populismus zu lernen: „Wenn sich mit Geschlechterthemen von rechts mobilisieren lässt und dies unter anderem auf den Bezug zur Lebensrealität der Menschen zurückzuführen ist, (...) dann müsste sich im Umkehrschluss auch mit Geschlechterthemen in einem positiven Kontext mobilisieren lassen.“ In diesem Kontext verweisen sie auch auf Fehler der Linken und deren (geschlechterpolitische) Sprache als Teil eines als abgehoben empfundenen Elitendiskurses, der einen „kulturellen Konflikt“ heraufbeschwöre.

Im Netz tobt längst ein kultureller Konflikt– befeuert insbesondere von rechten Meinungskriegern. *Anna-Katharina Meßmer* befasst sich in ihrem Beitrag mit dem Thema „Hass im Netz“ (insbesondere gegen Frauen und Migrant_innen) und den Missverständnissen, die sich darum ranken. Die erste gängige Fehlannahme laute: Hate Speech ist ein unbedeutendes Randphänomen in „Filterbubbles“. Meßmer argumentiert, dass es sich hier genau um das Gegenteil handelt, nämlich um die Vorboten kommender Konflikte: In der Netzöffentlichkeit zeichnete sich seit längerem der „New Culture War“ ab, der sich inzwischen auf den Straßen von Leipzig und vor Flüchtlingsheimen materialisiert. Die zweite Fehlannahme lautet: Das Netz ist eine neue Arena für machtfreie, demokratische Aushandlungsverhältnisse. Vielmehr bietet die „Ménage-à-trois aus diskriminierungsblinder Technologie, den vermachteten Strukturen von Öffentlichkeiten und den ökonomischen Logiken eines digitalen Plattform-Kapitalismus höchst ungünstige Rahmenbedingungen für „Deliberation“. Meßmer fordert von der Linken daher „nicht nur eine subversive Wiederaneignung digitaler Öffentlichkeiten, sondern auch einen ernstzunehmenden Politikentwurf, der das Internet als Infrastruktur systematisch als linkes Projekt begreift“.

Kirsten Achtelik beschreibt die Vielfältigkeit der feministischen Debatte zu Reproduktiven Rechten. Dabei hat sich die Debatte heute verlagert von einer Diskussion um ein Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch zu einem Recht auf Schwangerschaft. hauptsächlich ist von reproduktiven Rechten die Rede, die mittlerweile nicht mehr nur die Abwehr staatlicher Zugriffe auf den eigenen Körper meint, sondern tatsächlich den Zugriff auf andere Körper ermöglichen sollen. Kirsten Achtelik beschreibt den Druck, der auf Schwangeren lastet ein „gesundes“ Kind zu bekommen und mit dem sie in eine „pränatale Diagnosespirale“ hineingezogen werden. Dabei diskutiert sie eine feministische Perspektive auf die

Überarbeitung der Gesetzeslage und schlägt statt einer rechtlichen Fokussierung auf den Embryo und sein Schutzinteresse die stärkere Inblicknahme der Mutter als zu schützende Entität vor. Reproduktionsrechte dürften nicht als Recht auf Reproduktion im Sinne eines eigenen genetischen und „gesunden“ Kindes aufgefasst werden. Ein Recht auf Fortpflanzung mit jeder beliebigen Methode ist nicht Ziel feministischer Kämpfe, so Achtelik.

Katharina Oerder diskutiert das feministische Dilemma mit den Männern. Sind sie Verbündete im Kampf um eine gerechte Welt oder entsteht aus ihrer hierarchisch machtvolleren Position in dieser Welt ein Interessenkonflikt, der sich nur in einem Kampf „gegen“, nicht „mit“ auflösen lässt? Die Autorin analysiert die Methode, Männer als ebenfalls von starren Geschlechterrollen unterdrückt in die Gleichstellung der Geschlechter einzubeziehen und diskutiert die Position der Sozialdemokratie an der Weggabelung dieser beiden Strategien. Die „Umarmungstaktik“ sei Augenwischerei, da diese die unterschiedlichen Situationen in denen Männer und Frauen sich gesellschaftlich befinden als gleichermaßen unbefriedigend beschreibt. Tatsächlich gibt es jedoch ein hierarchisches Gefälle, das Männern in eine machtvollere Position bringt als Frauen. Die patriarchale Gesellschaft stattet Männer mit den wichtigen Ressourcen Macht und Geld aus. Da sich gezeigt hat, dass ein solcher Ressourcenvorsprung in der Geschichte selten bis nie freiwillig abgegeben wurde, bleibt ein Kampf gegen diese Missverhältnisse weiterhin nötig, den Frauen bereit sein müssen auszufechten. ■

☞ Dr. Katharina Oerder ist Psychologin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

☞ Christina Schildmann, Jahrgang 1973, ist Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats der Kommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zur Erstellung des 2. Gleichstellungsberichts sowie Mitglied der SPD-Grundwertekommission.